

Linkliste:

Hintergrundinformationen zum Krieg Russlands gegen die Ukraine



Basisinformationen

1. Ukraine

Geschichte:	https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/info-aktuell/209719/geschichte-der-ukraine-im-ueberblick/
Sicherheitspolitik:	https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/155758/analyse-die-sicherheitspolitik-der-ukraine-und-ihre-beziehungen-zur-nato/
Selenskyjs Außenpolitik:	https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/333460/analyse-ukrainische-aussenpolitik-unter-selenskyj-von-wirtschaft-zu-sicherheit/
Unabhängige Ukraine	https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/info-aktuell/209819/die-unabhaengige-ukraine/
Medien	https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/288342/analyse-die-ukrainische-medienlandschaft-divers-aber-politisiert/

2. Russland

Geschichte:	https://www.bpb.de/themen/europa/russland/47911/geschichte/
Außenpolitik:	https://www.bpb.de/themen/europa/russland/47968/aussenpolitik/
Staat und Kultur:	https://www.bpb.de/themen/europa/russland/272188/staat-und-kultur-in-russland/
Medien:	https://www.bpb.de/themen/europa/russland/47996/die-russische-medienlandschaft/

3. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine

Russland und Ukraine	https://www.bpb.de/themen/europa/russland/303242/russland-und-ukraine/
Ukraine, Russland, Europa	https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/194828/ukraine-russland-europa/
Konflikt seit 2019	https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/innerstaatliche-konflikte/216281/ukraine/
Kooperation Ukraine und NATO	https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/343743/analyse-kooperation-im-bereich-der-militaerreform-zwischen-nato-und-ukraine-seit-2014/
Streit um die Geschichte:	https://www.bpb.de/themen/europa/russland/295403/die-kiewer-rus-geteilte-erinnerung-in-der-ukraine-und-in-russland/
Konfliktgebiet Ostukraine	https://www.bpb.de/257230/berichterstattung-ueber-den-ostukraine-konflikt-debatte-um-die-uno-mission-im-donbas-migrationspolitik-gegenueber-russland/
Ukraine-Krieg 2022	https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt

4. Länder-Analysen

Länder-Analyse Ukraine

Aktuell: <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/>

Archiv: <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/archiv/>

Länder-Analyse Russland

Aktuell: <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/>

Archiv: <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/archiv/>

5. Stiftung Wissenschaft und Politik

Fokusthema „Krieg in der Ukraine“: <https://www.swp-berlin.org/fokusthema/krieg-in-der-ukraine>

6. Zeitschrift OSTEUROPA (kostenpflichtiges Angebot)

- Ukraine: <https://zeitschrift-osteuropa.de/laender/ukraine/>

- Russland: <https://zeitschrift-osteuropa.de/laender/russland/>

Arbeitsmaterialien des ThILLM zum Krieg in der Ukraine

(erarbeitet mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)



Thema	Seite
1. Informationen für Lehrer*innen zum Einsatz der Materialien in der Arbeit mit Schüler*innen	2
2. Gesprächsrunde mit Schüler*innen zum Krieg in der Ukraine mit Lehrer*innen-Hinweisen	3
3. Zum Recht auf freie Bündniswahl (Argumentation des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages)	23
4. Abschreckungswaffen – Was ist das?	24
5. Gemeinsame Erklärung zur Ukraine der drei Außenminister des Weimarer Dreiecks Frank-Walter, Steinmeier (Deutschland), Laurent Fabius (Frankreich), und Radosław Sikorski (Polen) in Weimar	28
6. Zur Geschichte des Russland-Ukraine-Konflikts	31
7. FAQ: Die wichtigsten Antworten zum Russland-Ukraine-Konflikt	36
8. Linkliste zum Thema Ukraine-Konflikt	39

1. Informationen für Lehrer*innen zum Einsatz der Materialien in der Arbeit mit Schüler*innen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Angriff auf und der Einmarsch Russlands in die Ukraine stellt einen Bruch des Völkerrechts dar. Im 21. Jahrhundert ist in unserem modernen Europa ein Krieg durch die russische Regierung angezettelt worden, den wir nicht für möglich gehalten haben. Wir sind fassungslos über das Grauen des Krieges, die Menschheit hätte aus zwei verheerenden Weltkriegen lernen können und müssen. Tausende Menschen sind bereits auf der Flucht.

Wir als Erwachsene, aber auch viele Kinder, Schülerinnen und Schüler haben zahlreiche Fragen, Sorgen und Ängste.

- Was bedeutet der Krieg für die Ukraine?
- Was bedeutet der Krieg für Europa?
- Wie können wir helfen?

Wir möchten Ihnen mit einigen Materialien und Links in dieser Zeit Hilfestellung geben. Achten Sie bei der Konfliktanalyse bitte immer auf eine multiperspektivische Darstellung des Konflikts.

Untersuchen Sie gemeinsam mit Ihren Schülerinnen und Schülern in Gegenüberstellung der Konfliktparteien die Ursachen und den Anlass des Krieges, beziehen Sie historische, ideologische, ethnische und soziale Aspekte in die Betrachtungen ein. Schauen Sie auch auf die interne Machtpolitik politischer und wirtschaftlicher Eliten. Stellen Sie die Mittel zur Durchsetzung der Ziele, von militärischen bis hin zu hybriden Mitteln der Kriegführung, dar. Zeigen Sie die Reaktionen der Weltöffentlichkeit auf, beachten Sie hierbei insbesondere die Rolle verschiedener Organisationen wie UNO, EU und NATO, aber auch verschiedener Hilfsorganisationen und die Darstellung in den Medien. Diskutieren Sie Lösungsmöglichkeiten für den Konflikt, die zur Beendigung des Krieges und zur Sicherung des Friedens beitragen könnten.

Die Grundsätze des Beutelsbacher Konsens des (Kontroversitätsgebot, Überwältigungsverbot und Schülerorientierung) sind dabei immer zu beachten. Ziel der Gespräche mit den Schülerinnen und Schülern ist es, die Urteilsfähigkeit zu stärken.

Es muss alles getan werden, um den Angriffskrieg zu beenden, Diplomatie steht hierbei an erster Stelle, um einen Waffenstillstand herbeizuführen, die Situation zu entspannen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

2. Gesprächsrunde mit Schüler*innen zum Krieg in der Ukraine mit Lehrer*innen-Hinweisen



HINWEISE FÜR DIE LEHRKRAFT

- Bei einer Gesprächsrunde mit den Lernenden über die Lage in der Ukraine sollten v. a. Sorgen und Ängste der Schüler*innen aufgegriffen und ernst genommen werden. Gerade die Drohungen Atomwaffen einzusetzen, schüren Ängste bei ihnen.
- Greifen Sie inhaltliche aber auch emotionale Fragen der Lernenden auf und thematisieren Sie diese. Dabei müssen Sie nicht auf jede Frage eine Antwort haben.
- Achten Sie bei der Behandlung des Themas auf die Einhaltung des Beutelsbacher Konsens, d. h. Kontroversitätsgebot und Überwältigungsverbot.
- Weisen Sie die Lernenden auf die Gefahren möglicher Falschmeldungen im Rahmen der Berichterstattung hin und verdeutlichen Sie in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Grundrechts der Presse- und Meinungsfreiheit.
- Ergeben Sie sich nicht der falschen Erwartung gegenüber den Lernenden, die komplexe Lage vollständig erklären zu können und Antworten auf Fragen bzw. Lösungen auf Probleme zu geben, für die es momentan noch keine gibt.
- Thematisieren Sie die Notwendigkeit der Friedenssicherung, die Rolle der Vereinten Nationen (UNO) und der NATO als Verteidigungsbündnis in der Konfliktlage und greifen Sie dabei auf die Methode der Konfliktanalyse zurück. Bleiben Sie sachlich!

ZIEL DER GESPRÄCHSRUNDE

- Was wisst ihr bereits über den Konflikt/ Krieg?
- Welche Sorgen und Ängste bewegen euch?
- Seid ihr direkt oder indirekt von den Kriegshandlungen betroffen?
- Welche Fragen bringt ihr mit?
- Welche Optionen bieten sich der internationalen Staatengemeinschaft?
- Wie und wodurch möchtet ihr über den Konflikt informiert werden?
- Was können wir selbst in der gegenwärtigen Situation tun?



UKRAINE, GEORGIEN, BALKAN:
DIESE KRIEGE UND KONFLIKTE GAB
ES NACH 1945 IN EUROPA

- Der Zweite Weltkrieg dient immer wieder als Maßstab für den größten Krieg in den vergangenen Jahrzehnten.
- Doch auch nach 1945 gab es in Europa zahlreiche bewaffnete Konflikte, bei denen hunderttausende Menschen ums Leben kamen.

KONFLIKTE AUF ZYPERN (1974)

Link zu weiterem Kartenmaterial:

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/zypern-erdogan-varosha-101.html>



Der Konflikt zwischen der griechischzyprischen Mehrheit und der türkischzyprischen Minderheit prägt die jüngere Geschichte der Insel. 1974 putschen griechische Nationalisten gegen den damaligen Präsidenten, Erzbischof Makarios III. und Zypern erlebte die blutigste Phase seiner Geschichte. Um einen Anschluss an Griechenland zu verhindern, landen türkische Truppen und besetzen den Nordteil Zyperns. Der Konflikt belastet bis heute das Verhältnis zwischen Griechenland und der Türkei, die beide seit 1952 zur NATO gehören.

Es folgen Vertreibungen auf beiden Seiten und die Teilung. Die 1983 proklamierte Türkische Republik Nordzypern wird bis heute nur von Ankara anerkannt. 2004 wurde die gesamte Insel EU-Mitglied, im Norden gilt EU-Recht aber vorerst nicht.

<https://pixabay.com/de/vectors/flagge-land-zypern-1040575/>

<https://www.rnd.de/politik/zypernkonflikt-beginn-der-diskussion-zur-wiedervereinigung-SBR55R2RH5CYDBIOLDBAQVW4QA.html>

KRIEG AUF DEM BALKAN (1990ER JAHRE)

Link zu weiterem Kartenmaterial:



<https://www.tagesschau.de/ausland/serbien-kosovo-103.html>

Nach dem Zerfall des Vielvölkerstaats Jugoslawien kostete eine Serie von Kriegen auf dem Balkan in den 1990er Jahren mehr als 200.000 Menschen das Leben. Unter Präsident Slobodan Milosevic versucht Serbien, sich mehrheitlich serbisch besiedelte Gebiete in anderen Teilrepubliken einzuverleiben.

Vor allem in Bosnien und Kroatien kommt es zu ethnisch motivierten Vertreibungen. Um Massaker in der vor allem von Albanern bewohnten serbischen Provinz Kosovo zu beenden, beschließt die NATO 1999 Luftangriffe, an denen sich auch Deutschland beteiligt - der erste Kampfeinsatz deutscher Soldaten nach 1945. 2008 erklärt sich das Kosovo für unabhängig. Auf diesen NATO-Einsatz beruft sich Putin heute, um seine militärische Invasion in der Ukraine zu rechtfertigen.

<https://www.rnd.de/politik/kriege-in-europa-uebersicht-ueber-die-groessten-konflikte-seit-1945-CKRBJWH2ETGAV4KA3LUZKZZVD4.html>

KONFLIKT IN TSCHETSCHENIEN (1990ER JAHRE)

Link zu weiterem Kartenmaterial:



<https://www.tagesschau.de/ausland/nordkaukasus104.html>

Die islamisch geprägte Teilrepublik im russischen Nordkaukasus gilt seit Jahrzehnten als Konfliktregion. Nach dem Ende der Sowjetunion verhindert Moskau ab 1994 in zwei Kriegen eine Abspaltung des Gebietes. Zehntausende Menschen sterben. Terroristen tragen den Kampf immer wieder nach außen - so bei der Geiselnahme in einer Schule in der nordossetischen Stadt Beslan 2004 mit Hunderten Toten. Radikale Islamisten streben weiterhin ein von Moskau unabhängiges Emirat an.

<https://www.rnd.de/politik/kriege-in-europa-uebersicht-ueber-die-groessten-konflikte-seit-1945-CKRBJWH2ETGAV4KA3LUZKZZVD4.html>

KRIEG IN BERG-KARABACH (1990ER JAHRE / 2020)

Zu Beginn der 1990er Jahre spaltet sich die vorwiegend von christlichen Armeniern besiedelte Region vom muslimisch geprägten Aserbaidschan ab. Zwischen den Ex-Sowjetrepubliken kommt es zum Krieg mit rund 30.000 Toten, in dem Aserbaidschan die Kontrolle über das Gebiet im Südkaukasus verliert. Armenien besetzt auch außerhalb Bergkarabachs liegende Gebiete Aserbaidschans, um einen Korridor und eine Pufferzone nach bzw. um Bergkarabach offen zu halten. Bergkarabach Selbstbezeichnung (Arzach) erklärt sich zur selbstständigen Republik, findet aber keine völkerrechtliche Anerkennung. 2020 werden bei neuerlichen Kämpfen weitere 6500 Menschen getötet, Aserbaidschan holt sich große Teile des verlorenen Territoriums zurück. Im November 2020 vermittelt Russland zu einem Waffenstillstandsabkommen.

Link zu weiterem Kartenmaterial:



<https://www.tagesschau.de/ausland/armenien-aserbaidschan-grenzkonflikt-101.html>

<https://www.rnd.de/politik/kriege-in-europa-uebersicht-ueber-die-groessten-konflikte-seit-1945-CKRBJWH2ETGAV4KA3LUZKZZVD4.html>

TRANSNISTRIEN-KONFLIKT MIT DER REPUBLIK MOLDAU (1990ER JAHRE)



Quelle: [CC-BY-SA-2](#) | [OCC-BY-SA-2.0-DE](#) | [Dateien von Wikivoyage Shared](#) | [Dateien von Wikivoyage-Benutzer Der Reisende](#)

Seit 1990 andauernde, von März bis August 1992 kurzzeitig auch kriegerische Auseinandersetzung zwischen der ehemaligen Sowjetrepublik Moldau und dem inzwischen de facto unabhängigen Transnistrien, das sich im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion von der Republik Moldau abgespaltete. Transnistrien erreichte im August 1992 eine De-facto-Unabhängigkeit, wurde jedoch bislang von keinem anderen Staat anerkannt und wird weiterhin von Moldau beansprucht.

In der Region sind russische Truppen stationiert. Zahlreiche diplomatische Lösungsansätze, auch unter Einbezug anderer Staaten, führten bislang zu keiner Beilegung des Konflikts. Inzwischen haben sich beide Parteien mit dem Status quo zumindest teilweise arrangiert. Es handelt sich also um einen „eingefrorenen Konflikt“. Bei einem Referendum im September 2006 stimmten 97 Prozent der Bevölkerung für die Abspaltung der Region von der Republik Moldau und für einen späteren Anschluss an Russland. 2008 forderte die NATO in einer Resolution Russland zum Rückzug seiner Truppen aus Transnistrien auf. Auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen forderte am 22.06.2018 in einer Resolution erstmals einen Abzug der russischen Streitkräfte aus Transnistrien (64 Staaten stimmten dafür, 15 dagegen, 83 enthielten sich). Russland lehnte unter Verweis auf laufende Vermittlungsbemühungen der OSZE einen Rückzug aus Transnistrien ab.

KRIEG IN GEORGIEN (2008)

Link zu weiterem Kartenmaterial:



<https://www.tagesschau.de/ausland/georgien280.html>

Im August 2008 löst der fünftägige Krieg zwischen Russland und Georgien die bis dahin schwerste Krise zwischen Ost und West seit Ende des Kalten Krieges aus. Georgien verliert dabei endgültig die Provinzen Südossetien und Abchasien.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion hatten sich Anfang der 1990er Jahre beide von Georgien losgesagt, danach kam es mehrfach zu bewaffneten Konflikten. Die abtrünnigen Regionen sind weiter von Russland abhängig, das ihre staatliche Souveränität anerkannt hat. EU und USA sehen die Gebiete aber weiter als Teil Georgiens an.

<https://www.rnd.de/politik/kriege-in-europa-uebersicht-ueber-die-groessten-konflikte-seit-1945-CKRBJWH2ETGAV4KA3LUZKZZVD4.html>

KONFLIKT IN DER UKRAINE (2014)

Auf den Sturz einer gewählten prorussischen Regierung in Kiew 2014 reagiert Russland mit der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim. Zudem unterstützt es prorussische Separatisten im Osten des Landes, gegen die Kiew seit 2014 militärisch vorgeht. Nach UN-Schätzungen kamen dabei bisher mehr als 14.000 Menschen ums Leben.

Mit den Minsker Abkommen von 2014 und 2015 versucht ein Quartett aus Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine, den Konflikt zu beenden. Mit Russlands Anerkennung der Separatistenregionen Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten und der angekündigten Entsendung russischer Soldaten in die Ostukraine erreicht der Konflikt im Februar 2022 eine neue Dimension.

<https://www.rnd.de/politik/kriege-in-europa-uebersicht-ueber-die-groessten-konflikte-seit-1945-CKRBJWH2ETGAV4KA3LUZKZZVD4.html>

Link zu weiterem Kartenmaterial:



<https://www1.wdr.de/nachrichten/ukraine-kriegsgefahr-europa-ihre-eure-fragen-100.html>

WAS GESCHAH AM 24.02.2022?

- Am 24.02.2022 hat Russland von Norden aus (Belarus), aus dem Osten (Gebiete Donezk und Luhansk) und von Süden (von der Krim) mit einem Einmarsch in die Ukraine begonnen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj rief aufgrund der russischen Militärschläge den Kriegszustand in der Ukraine aus.
- Zuvor hatte Russlands Präsident Wladimir Putin am 21.02.2022 die ukrainischen Separatistengebiete Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten („Volksrepubliken“) anerkannt und die Entsendung von Truppen dorthin bereits angekündigt.

Link zu weiterem Kartenmaterial:



https://rp-online.de/politik/russland-ukraine-krieg-das-geschah-am-24-februar-2022_vid-66584859

WORUM GEHT ES IN DIESEM KONFLIKT?

- Vor allem um Gebietsansprüche, aber auch um wirtschaftliche Interessen. Über die geostrategischen und wirtschaftlichen Ansprüche hinaus geht es Wladimir Putin und imperialistisch denkenden Kreisen in Russland aber auch um die Verwirklichung einer geschichtspolitischen imperialen Vision. Die Wiedererrichtung eines spätestens mit der Sowjetunion untergegangenen russischen Großreiches, in denen Ukrainern (Putin bezeichnet sie als "Kleinrussen") und Belarussen ("Weißrussen") keine nationale Eigenständigkeit zuerkannt, sondern sie mit den "Großrussen" als integraler Bestandteil einer "Russischen Welt" (Russkaja Mir) angesehen werden ("Sammlung der russischen Erde"). Darüber hinaus werden auch angrenzende Gebiete wie das Baltikum (ggf. auch Finnland und Polen), die Republik Moldau, weitere Teile des Kaukasus (Armenien, Georgien, Aserbaidschan) und Zentralasiens (Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan, Tadschikistan) als genuin russische Einflusszonen beansprucht.
- Die Ukraine, die flächenmäßig fast 100.000 Quadratkilometer größer ist als Spanien, liegt eingeklemmt zwischen der EU-Ostgrenze (Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien) und Russland. Bis 1991 war sie eine von 15 Sowjetrepubliken - also ein Teil der damals riesigen Sowjetunion. Im Norden grenzt sie an den mit Russland eng verbündeten Staat Belarus, im Süden ans Schwarze Meer, u. a. an die seit 2014 widerrechtlich besetzte, bis dahin ukrainische Halbinsel Krim.
- Seit Auflösung der Sowjetunion sind die ehemaligen Sowjetrepubliken eigene Staaten. Estland, Litauen und Lettland gehören mittlerweile der EU und der NATO an, die Ukraine dagegen nicht.



Link zu weiterem Kartenmaterial:

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-krieg-metropolen-angriffe-103.html>

WELCHE HALTUNG HAT RUSSLAND?

- Seit dem Frühjahr 2021 hat Russland seine militärische Präsenz entlang der ukrainischen Grenze massiv aufgerüstet. Tausende Soldaten wurden dort stationiert. Russland begründete diesen Schritt mit der Behauptung, die Ukraine plane eine Militäroffensive im Donezkbecken und habe dort ihrerseits Tausende Soldaten zusammengezogen.
- Gleichzeitig fordert Russland schon länger, dass das nordatlantische Verteidigungsbündnis NATO sich verpflichten soll, keine weiteren östlichen Staaten aufzunehmen. Die NATO soll außerdem militärische Handlungen auf dem Gebiet der Ukraine und anderer Staaten Osteuropas, des Südkaukasus und in Zentralasien unterlassen. Außerdem sollen beide Seiten, Russland und die NATO-Staaten, auf die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen an Punkten verzichten, die für die Beteiligten eine Bedrohung darstellen können.

<https://www1.wdr.de/nachrichten/ukraine-konflikt-108.html>

WAS WOLLEN NATO UND EU?

- Westliche Staaten fürchteten seit Wochen einen Einmarsch Russlands in die Ost-Ukraine. Die westliche Staatengemeinschaft warnte Russland vor einer Verletzung der Grenzen und rief immer wieder zur Deeskalation auf. Ein Grund, warum auch die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mehrfach versucht hatten, zu vermitteln.
- Die Annexion der Krim gilt bei den meisten Staaten der Welt bis heute als völkerrechtswidrig. Die Europäische Union und die USA verhängten Sanktionen in Form von Einreiseverboten und Kontensperrungen gegen russische und ukrainische Politiker und schränkten den Handel ein. Russland stoppte daraufhin die Einfuhr von Agrarprodukten aus der EU und den USA. Deutschland ist allerdings abhängig von russischen Gaslieferungen, die zurzeit rund 40 Prozent des deutschen Gasverbrauchs decken.
- Großbritannien lieferte der Ukraine unterdessen weiter Waffen. Deutschland lehnte von der Ukraine gewünschte Waffenlieferungen bislang kategorisch ab - was in Kiew scharf kritisiert wird.

<https://www1.wdr.de/nachrichten/ukraine-konflikt-108.html>

WAS IST GEMEINT, WENN VON „BÜNDNISFALL“ DIE REDE IST?

- Im Nordatlantikvertrag haben sich die Mitglieder der NATO 1949 auf 14 Punkte geeinigt. Darunter auch Artikel 5, der besagt, dass "ein bewaffneter Angriff gegen eines oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird". Jedes Bündnisland müsse dann helfen und die Maßnahmen ergreifen, "einschließlich der Anwendung von Waffengewalt", die es für erforderlich erachte. Dieses Prinzip wird auch als militärisches Verteidigungsbündnis bezeichnet.
- Im Laufe der Jahre traten immer mehr Länder der NATO bei. Aber - ganz wichtig: Die Ukraine ist bislang kein NATO-Mitglied. Die bisherige NATO-Osterweiterung - beispielsweise durch die Mitgliedsländer Lettland, Litauen oder Rumänien - steht immer wieder in der Kritik. Russland betonte immer wieder, dass die NATO einst eine Ausbreitung Richtung Osten ausgeschlossen hatte und nahm dies als Provokation wahr.
- Unter anderem durch den "Bündnisfall" und das Wachstum der NATO kam es in der Geschichte immer wieder zum sogenannten "Gleichgewicht des Schreckens". Das heißt: Unter anderem mündeten Kalter Krieg und Kuba-Krise nie in einer globalen, militärischen Auseinandersetzung - aus Furcht vor der jeweils anderen, großen Streitmacht.

<https://www1.wdr.de/nachrichten/ukraine-konflikt-108.html>

AUF WELCHER SEITE STEHT DIE UKRAINE SELBST?

- Die Bevölkerung der Ukraine ist gespalten: in einen westlich orientierten und einen prorussischen Teil. In den ostukrainischen Städten Donezk und Lugansk haben die Menschen bei einem umstrittenen Referendum für die Abspaltung von der Ukraine abgestimmt. Auch bei der Annexion der Krim stimmte eine Mehrheit für den Anschluss an Russland. In anderen Landesteilen dagegen gibt es starke anti-russische Bewegungen.
- Darüber hinaus gibt es auch nationalistische Bestrebungen, z. B. Anhänger des umstrittenen ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera (1909-1959), der in der Westukraine als Held verehrt, in der Ostukraine allerdings als Faschist und Nazi-Kollaborateur bezeichnet wird, und Rechtsextremisten (Asow-Regiment, Partei "Patriot der Ukraine), die allerdings bei den letzten Wahlen in der Ukraine 2019 so gut wie keine Rolle spielten.
- Im Osten der Ukraine kommt es seit Jahren zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern. Besonders um die Städte Lugansk, Odessa, Charkow, Slowjansk und Donezk bekämpften sich ukrainische Militärs und pro-russische Separatisten. Der Konflikt hat über Jahre viele Tote und Verletzte gefordert, die Lebensbedingungen der Einwohner in den ostukrainischen Großstädten Lugansk und Donezk haben sich dramatisch verschlechtert. Die ukrainische Staatsführung forderte immer vehementer die Aufnahme in einen sogenannten Membership Action Plan der NATO, eine Art Vorstufe zur Mitgliedschaft.

<https://www1.wdr.de/nachrichten/ukraine-konflikt-108.html>

WELCHE ROLLE SPIELT DABEI DAS VÖLKERRECHT?

- Im Osten der Ukraine hat sich die humanitäre Lage aufgrund der permanenten Auseinandersetzung zwischen pro-russischen Separatisten und ukrainischen Kämpfern immer weiter verschlechtert.
- In der westlichen und zentralen Ukraine verlief das Leben der Menschen dagegen orientiert an Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft weitgehend friedlich.
- Im Zuge der Spannungen im Land und der Konflikte mit Russland ist deshalb immer wieder die Rede von der "Verletzung des Völkerrechts". Dabei handelt es sich um eine Rechtsordnung, nach der sich alle Staaten der Welt zu richten haben. Ein wichtiger Bestandteil etwa ist die Menschenrechtserklärung, nach der alle Menschen gleich und frei sind.
- Basis für die Rechtsordnung ist die Charta der Vereinten Nationen (UN). Der UN gehören 193 Staaten an, darunter auch Russland und die Ukraine. Verstößt ein Staat gegen das Völkerrecht, können Sanktionen verhängt werden. (Im UN-Sicherheitsrat scheiterte eine Resolution zur scharfen Verurteilung der russischen Aggression am Veto des ständigen Sicherheitsratsmitglied Russlands. Die Atommächte China und Indien enthielten sich wie auch Saudi-Arabien. In der Vollversammlung verurteilten 141 Staaten die Invasion Russlands in der Ukraine, 34 Staaten enthielten sich, neben Russland stimmten noch Belarus, Nordkorea, Eritrea und Syrien gegen eine Verurteilung des Einmarsches.)
- Wichtig zu wissen: Staaten, die das Völkerrecht anerkennen, ist es verboten, einen anderen Staat mit kriegerischen Mitteln anzugreifen.

<https://www1.wdr.de/nachrichten/ukraine-konflikt-108.html>

QUELENNACHWEISE

- <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/opinion/die-bequeme-schuldzuweisung-wie-europa-und-russland-einander-verlieren/>
- <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-krieg-donnerstag-101.html>
- <https://www.rnd.de/politik/kriege-in-europa-uebersicht-ueber-die-groessten-konflikte-seit-1945-CKRBJWH2ETGAV4KA3LUZKZZVD4.html>
- <https://www1.wdr.de/nachrichten/ukraine-konflikt-108.html>
- <https://www1.wdr.de/nachrichten/ukraine-kriegsgefahr-europa-ihre-eure-fragen-100.html>

3. Zum Recht auf freie Bündniswahl (Argumentation des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages)

Zum Recht auf freie Bündniswahl – Rechtliche Positionen und Handlungsoptionen im Ukraine-Konflikt zwischen der NATO, Russland und der Ukraine

von Roman Schmidt-Radefeldt/ Antonia Sommerfeld

Link zum PDF:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/882052/4d2de0aa483eb4ab4642b1163a202b60/freie-Buendniswahl-Ukraine-data.pdf>

4. Abschreckungswaffen – Was ist das?

Putin droht mit Abschreckungswaffen - Was bedeutet das?

Als Wladimir Putin in seiner Fernsehansprache am 24. Februar 2022 der Ukraine den Krieg erklärte, betonte er auch, dass Russland heute eine "der mächtigsten Nuklearmächte der Welt" sei:

„Wer auch immer versucht, uns zu behindern, geschweige denn eine Bedrohung für unser Land und unser Volk zu schaffen, muss wissen, dass die Antwort Russlands sofort erfolgen und zu Konsequenzen führen wird, die Sie in Ihrer Geschichte noch nie erlebt haben.“

<https://www.zdf.de/nachrichten/poli-k/atomwaffen-russland-ukraine-krieg-100.html>

Was sind Abschreckungswaffen?

Abschreckungswaffen sind nicht nur Atomwaffen, sondern es gehören auch z. B. Hyperschallwaffen, im weitesten Sinne also konventionelle Waffen dazu. All diesen Systemen ist aber gemeinsam, dass eine Abwehr dagegen eigentlich nicht möglich ist.

Wann wurden bisher Atomwaffen eingesetzt?

Am 16. Juli 1945 explodierte in der Wüste von Nevada die erste Atombombe. Drei Wochen später warfen die USA ihre neu entwickelte Waffe über den beiden japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki ab. Danach hat niemand mehr gewagt, Atombomben einzusetzen. Und doch gibt es im Jahr 2020 weltweit noch rund 13.400 Atomwaffen – auch in Deutschland.

Was ist eine Atombombe?

Eine Atombombe ist die verheerendste Waffe überhaupt und imstande, ganze Regionen und Länder zu vernichten. Sie wird auch Nuklear- oder Kernwaffe genannt, weil ihre gewaltige Energie durch Kernfusion oder -spaltung entsteht.

Welche Auswirkungen haben Atomwaffen?

Atomwaffen gehören zu den zerstörerischsten Waffen der Menschheit. Die Explosion setzt enorme Mengen an Energie frei. Durch die außerordentliche Druck- und Hitzewelle wird alles in der unmittelbaren Umgebung ausgelöscht – ob Menschen, Gebäude oder Natur. Der Druck verursacht Lungen- und Ohrenverletzungen sowie innere Blutungen bei Menschen in etwas größerer Entfernung, die intensive Hitze schwerste Verbrennungen. Hinzu kommt eine hohe Strahlenbelastung: Radioaktives Material wird in die Höhe getragen und fällt innerhalb weniger Minuten wieder herab. Dieser radioaktive Niederschlag (Fallout) verseucht ein großes Gebiet um die Explosionsstelle herum. Hohe Dosen von Strahlung töten Zellen, beschädigen Organe und führen zu einem raschen Tod, niedrigere Dosen schädigen Zellen, führen zu genetischen Schäden und erhöhtem Risiko für Krebserkrankungen (Brust-, Darm-, Schilddrüsenkrebs und Leukämie) und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. In die Atmosphäre gelangen aber eher geringfügige Mengen an radioaktivem Material, sodass es nicht zu einer so immensen jahrzehntelangen Verstrahlung des Gebietes kommt wie etwa bei einem Unfall in einem Atomkraftwerk, bei dem große Mengen an radioaktiven Partikeln freigesetzt werden. Die Gefahr liegt also in der unmittelbaren, extrem hohen Strahlenbelastung, die ungeborenes Leben schädigt und Langzeitschäden für die betroffenen Menschen und spätere Generationen nach sich zieht.

Welche Folgen hatte der Atombombenabwurf auf Hiroshima im Jahr 1945?

Die langfristigen Folgen radioaktiver Strahlung führen dazu, dass auch 77 Jahre nach den Atombombenexplosionen von Hiroshima und Nagasaki immer noch Opfer von damals etwa an Krebs erkranken. In Fukushima sind nach dem Atomkraftwerksunglück im Jahr 2011, ausgelöst durch ein Erdbeben, die Folgen aber sogar noch ungleich größer.

<https://www.deutschlandfunk.de/atomwaffen-warum-es-immer-noch-13-400-atombomben-gibt-100.html>

Welche Folgen hätte ein Atomwaffeneinsatz heutzutage?

Käme es heutzutage zu einem globalen nuklearen Krieg, wären die Folgen verheerend. Derzeit gibt es mehr als 13.400 Atombomben, die um ein Vielfaches wirkungsmächtiger sind als die alten Modelle. Sie könnten alles Leben auf der Erde auslöschen. Auch ein regionaler Atomkonflikt hätte das Potenzial, auf einen Schlag das Leben von Millionen von Menschen zu zerstören, der Gesundheit zukünftiger Generationen zu schaden, das Weltklima nachhaltig zu verändern und einen sogenannten nuklearen Winter auszulösen: Die Feuersbrünste pumpen Rauch und Ruß in die Atmosphäre, die Sonne heizt sie weiter auf, sodass sie bis in die Stratosphäre aufsteigen. Ein dunkler Schleier schirmt Sonnenlicht ab, die globale Durchschnittstemperatur sinkt um zwei bis fünf Grad, und weil dadurch dann auch weniger Wasser verdunstet, kommt es zu Dürren. Ernteausfälle und extreme Hungersnöte sind die Folge. Die indirekten Folgen eines Atomwaffeneinsatzes könnten noch gravierender für die Menschen sein als die direkten.

Welche Länder haben heute noch wie viele Atomwaffen?

Mehr als 90 Prozent der Atomwaffen sind im Besitz der beiden militärischen Supermächte USA und Russland mit jeweils rund 6.000 Atomsprengköpfen. Diese große Anzahl an Kernwaffen resultiert aus dem jahrzehntelangen Wettrüsten während des Kalten Krieges. Etwa 150 US-Atomwaffen befinden sich im Rahmen der NATO-Strategie „Nukleare Teilhabe“ in Europa, und zwar in Belgien, Deutschland, Niederlande, Italien und der Türkei. Zu Beginn des Jahres 2020 haben sich die knapp 13.400 weltweit vorhandenen Atomwaffen auf neun Staaten verteilt.

<https://www.deutschlandfunk.de/atomwaffen-warum-es-immer-noch-13-400-atombomben-gibt-100.html#atomwaffen>

Als Atomkräfte gelten neun Länder weltweit: - USA - Russland - Frankreich - Großbritannien - China - Indien - Pakistan - Israel – Nordkorea. **Link zur Statistik:** https://assets.deutschlandfunk.de/FILE_5c11daf45948fc93514b6c1467ea3391/768xauto.png?t=1597544116111

Wo lagern Atomwaffen in Deutschland?

Seit sechs Jahrzehnten lagern US-amerikanische Atombomben in Deutschland – ebenso in der Türkei, Belgien, den Niederlanden und in Italien. Im Kalten Krieg waren es Tausende, heute befinden sich zwanzig Atomsprengköpfe im rheinland-pfälzischen Fliegerhorst Büchel im Rahmen der „Nuklearen Teilhabe“. Das Konzept ist ein Baustein der NATO-Sicherheitsarchitektur und soll Nicht-Nuklear-Staaten – wie Deutschland, dem es völkerrechtlich verbindlich verboten ist, eigene Atomwaffen zu besitzen – über nukleare Abschreckung vor Angriffen schützen. Dieses Abschreckungskonzept des atlantischen Bündnisses sieht vor, dass deren Verbündete, also auch Deutschland, im Kriegsfall Zugriff auf amerikanische Atomwaffen haben und diese dann mit eigenen Flugzeugen ins Ziel bringen können. Gleichzeitig haben die beteiligten Staaten in einem Gremium der NATO, der Nuklearen Planungsgruppe, ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der atomaren Abschreckungspolitik.

Warum versetzt Putin Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft?

Der Einsatz von Nuklearwaffen ist nicht Putins erste, zweite oder dritte Wahl. Aber der Westen muss immer berücksichtigen, dass Russland eine Nuklearmacht ist und dies den Krieg auf eine andere Ebene hebt als zum Beispiel den Balkankrieg oder den Irakkrieg. Putin hat in seinen Reden immer wieder direkt oder indirekt mit dem Wort „Nuklearwaffe“ gespielt. Diesen Donnerstagmorgen hat er gewarnt, dass jegliche Einmischung Konsequenzen nach sich ziehen würde, „die ihr in eurer Geschichte noch nie erlebt habt.“ Dadurch muss man annehmen, dass nukleare Waffen zumindest in der Theorie ein Teil der Kriegsplanung sind. Am plausibelsten wäre der Einsatz von taktischen Nuklearwaffen als Signal an Nato und den Westen. Während strategische Nuklearwaffen ganze Landstriche zerstören, lassen sich kleine, taktische Nuklearwaffen für eine psychologische Kriegsführung einsetzen. Diese haben

eine deutlich geringe Sprengkraft als größere strategische Nuklearwaffen. Putin könnte eine Nuklearbombe über der Ostsee oder dem Schwarzen Meer zünden. Dadurch würde zwar die Umwelt in großem Maße verseucht werden, aber es werden keine Menschen direkt zu Schaden kommen. Putin würde damit trotzdem das klare Signal an den Westen senden, dass er bereit ist, bis zum Äußersten zu gehen. Er setzt damit ein Stoppschild für den Westen. In russischen Militärkreisen spricht man davon, die Nato durch eine solche Nuklearbombe so sehr in Schrecken zu versetzen, dass sie sich den Forderungen Russlands beugt. Ihre Einigkeit, den harten Kurs gegen Russland weiterzuverfolgen, könnte bröckeln. Putin muss sich völlig in die Ecke gedrängt fühlen und überzeugt davon sein, dass die Nato und die USA schuld an der Situation sind. Ich sehe zwei Möglichkeiten dafür: Beim ersten Szenario greift die Nato direkt in den Krieg in der Ukraine ein – das ist aber unwahrscheinlich. Im zweiten Szenario verläuft der Krieg in der Ukraine schlecht für Russland, es gibt viele Opfer und Putin macht dafür die Unterstützung aus dem Westen verantwortlich. Zum Beispiel durch Waffenlieferungen, wie es sie bereits von einigen Nato-Mitgliedsstaaten gibt. Um in diesem Fall ein Signal zu setzen, dass der Westen zu weit gegangen ist, könnte Putin eine kleine taktische Nuklearbombe zünden.

Wie groß wäre die Zerstörung beim Einsatz von Atomwaffen?

Beim Einsatz über dem Meer wäre das Wasser und die gesamte Umwelt großflächig verseucht. Dass es auch gravierende Schäden an Land gibt, wäre in diesem Fall eher unwahrscheinlich. Die Menge an nuklearem Material und damit das Ausmaß der Zerstörung und der Verseuchung lässt sich einstellen. Es gab in der Vergangenheit immer wieder Tests: Atombomben wurden in Wüsten und unter Wasser gezündet, die Amerikaner haben in Neumexiko, Nevada und auf Atollen Tests durchgeführt, die Russen vor allem in der Steppe von Kasachstan. Es gibt also umfangreiche Erfahrungen, wie genau nukleare Waffen eingestellt werden müssen. Der Einsatz solcher Waffen hat aber trotz geringer Zerstörung einen hohen psychologischen Effekt. Darauf wird Putin setzen, wenn es tatsächlich zum Einsatz solcher Waffen kommt.

<https://www.deutschlandfunk.de/atomwaffen-warum-es-immer-noch-13-400-atombomben-gibt-100.html>

Ist mit dem Einsatz von Atomwaffen durch Putin zu rechnen?

Putin wird zu so einer Option wirklich nur im äußersten Notfall greifen, denn sie ist mit unglaublichem Risiko behaftet. Das weiß er. Sein Ziel ist die Psyche der Menschen.

Ist davon auszugehen, dass es bei einem kleinen Einsatz nuklearer Waffen bleibt?

Jede Atommacht weiß, dass sie mit dem größeren Einsatz von Nuklearwaffen direkt einen Weltkrieg beginnen würde. Auf dieser Eskalationsebene befinden wir uns derzeit aber nicht. Wenn Putin kleine Nuklearwaffen einsetzt, heißt das noch lange nicht, dass er auch große Waffen einsetzen wird. Aber genau wegen dieser Erwartung ist der psychologische Effekt einer kleinen Nuklearwaffe schon so groß. Ihr Einsatz würde in jedem Fall eine große emotionale Aufruhr in der Bevölkerung und einen hohen Druck auf die Politik zur Folge haben. Taktische Nuklearwaffen sind eine politische, psychologische Strategie, die schon im Kalten Krieg immer wieder in Erwägung gezogen wurden.

<https://www.rnd.de/politik/putins-krieg-in-der-ukraine-wie-kann-eine-friedensloesung-aussehen-E4OHCJVGJPC7KZ6XWZBVG4BTXM.html>

Hyperschallwaffen

Diese Art der Gefechtsflugkörper ist vor allem wegen ihrer hohen Geschwindigkeit und Manövrierbarkeit nicht mit bisheriger Flug- und Raketenabwehr abfangbar. Im Gegensatz zu den meist nur mit Überschallgeschwindigkeit fliegenden Marschflugkörpern sind sie viel schneller; im Gegensatz zu ballistischen Raketen sind die Flugbahnen der manövrierbaren Flugkörper nicht frühzeitig berechenbar. Damit besteht eine viel größere Bedrohung als bei bisherigen Waffen. Auf der anderen Seite erzeugt die große Reibung mit der Erdatmosphäre bei hohen Geschwindigkeiten Hitze und ionisiertes Gas (Plasma), was zur Erkennung von

Hyperschallwaffen führen kann. Auch stört das Plasma die übliche Kommunikation mit der Bodenstation oder Navigations und Kommunikationssatelliten.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Hyperschallwaffe>

WAS IST DAS?

Texte aus der Wikipedia stehen unter der Lizenz Creative Commons CC-BY-SA 3.0 Unported (Kurzfassung). Die Urheber sind dort unter der Versionsgeschichte einsehbar.

5. Gemeinsame Erklärung zur Ukraine der drei Außenminister des Weimarer Dreiecks Frank-Walter, Steinmeier (Deutschland), Laurent Fabius (Frankreich), und Radosław Sikorski (Polen) in Weimar

31.03.2014 - Pressemitteilung

Wir, die Außenminister des Weimarer Dreiecks, sind tief besorgt angesichts der Krise, die wir gegenwärtig in Europa erleben. Seit unserem gemeinsamen Besuch im Februar in Kiew, suchen wir mit vereinten Kräften nach Wegen zur Deeskalation der Lage.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Umstand, dass kürzlich eine Beobachtermission der OSZE entsandt wurde, als ersten Deeskalationsschritt in die richtige Richtung. Die internationalen Beobachter werden sich ein objektives Bild der Lage machen und zum Abbau der Spannungen sowie zur Förderung von Frieden, Stabilität und Sicherheit beitragen. Wichtig ist, dass die Mission überall in der Ukraine ungehinderten Zugang erhält. Wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen, die Rolle der OSZE bei der Bewältigung der Krise zu stärken.

Im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates rufen wir die EU auf, ihre Bemühungen, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur Deeskalation der Lage beizutragen, zu intensivieren.

Mit der Annexion der Krim hat Russland die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine verletzt. Dies stellt einen Verstoß gegen die ukrainische Verfassung und das Völkerrecht dar. Wir verurteilen diesen Akt der Aggression unmissverständlich.

Wir treten gemeinsam für eine gesamteuropäische Reaktion auf diese Herausforderung ein. Eine Politik, die die Ukraine teilt oder spaltet, oder die versucht, die Entwicklungen auf der Krim auf andere Landesteile oder osteuropäische Partnerländer zu übertragen, werden wir nicht hinnehmen. Sollte Russland diesen Weg einschlagen, würden wir die Ergreifung neuer, durchschlagender Maßnahmen, auch im wirtschaftlichen Bereich, unterstützen.

Morgen werden sich die Außenminister der NATO eingehend mit der Krise befassen. Wir, die Außenminister des Weimarer Dreiecks, werden dem Bündnis einen Ansatz aus drei Elementen vorschlagen: Wir sollten in erhöhtem Maße für die Sicherheit unserer Bündnispartner sorgen, wir sollten unser Verhältnis zu Russland im Lichte der jüngsten Entwicklungen gründlich analysieren und neu ausrichten und wir sollten die Zusammenarbeit mit unseren Partnern, allen voran der Ukraine, im Kontext der NATO-Ukraine-Kommission ausbauen.

Gleichzeitig erkennen wir an, dass Russland und die Ukraine von jeher eine starke und besondere Beziehung haben, die sich auf Geschichte, Wirtschaft und Kultur gründet. Diese Beziehung muss im Geiste eines guten nachbarschaftlichen Verhältnisses, gemeinsamer Interessen, einer echten Partnerschaft sowie auf der Grundlage der territorialen Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine ausgebaut werden.

Die Östliche Partnerschaft wurde als Instrument der Förderung demokratischer, wirtschaftlicher und sozialer Reformen in der östlichen Nachbarschaft entwickelt. Ihr Ziel ist es, unsere Partner beim Aufbau starker, stabiler, prosperierender und bürgerorientierter Staaten zu unterstützen und persönliche Kontakte zu erleichtern. Dies liegt auch im Interesse Russlands.

Wir werden unsere Politik daher fortsetzen und sicherstellen, dass die Länder der Östlichen Partnerschaft nicht gezwungen werden, sich zwischen einer Annäherung an die EU und einer umfassenden Zusammenarbeit mit Russland zu entscheiden. Weder

die Östliche Partnerschaft der EU noch die Abkommen, die die EU mit ihren Partnern schließt, sind gegen Russland gerichtet.

Am 21. März haben die EU und die Ukraine die politischen Teile des Assoziierungsabkommens unterzeichnet. Dies belebt die Entwicklungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit sowie das Engagement dafür, die übrigen Teile des Assoziierungsabkommens zu unterzeichnen und sich auf die tief greifende und umfassende Freihandelszone zu verständigen. Darüber hinaus wird die EU zur Stabilisierung der geschwächten ukrainischen Wirtschaft einseitig Zollgebühren aufheben und finanzielle Unterstützung leisten. Um ein deutliches Signal der Unterstützung auszusenden, die internationalen Hilfsangebote zu konsolidieren und die erforderlichen Reformen zu erörtern, schlagen wir vor, nach den Präsidentschaftswahlen eine Konferenz zur Bündelung der internationalen Unterstützung, auch der technischen Hilfeleistungen, für die Ukraine abzuhalten. Die Teilnahme Russlands wäre uns dabei sehr wichtig.

Wir begrüßen die Vereinbarung zwischen dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und den ukrainischen Behörden über ein Programm wirtschaftlicher Reformen, das durch eine Bereitschaftskreditvereinbarung mit einer Laufzeit von zwei Jahren gefördert werden kann, und sehen ihrer Billigung durch das IWF-Exekutivdirektorium erwartungsvoll entgegen. Wir ermutigen auch die Russische Föderation, vor allem durch Handelserleichterungen im Einklang mit den Regeln der WTO und durch faire Gaspreise zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Ukraine beizutragen.

Am 21. März beschloss die EU darüber hinaus, die Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen mit Georgien und der Republik Moldau voranzutreiben. Moldau wird gegenüber der EU bald Visafreiheit genießen, während mit Georgien bereits deutliche Fortschritte im Rahmen des Aktionsplans zur Liberalisierung der Visabestimmungen erzielt wurden. Dies sind sichtbare Zeichen unserer Unterstützung, die die Leistungen der Republik Moldau und Georgiens widerspiegeln. Wir sind bereit, nach der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens weitere Unterstützung zu gewähren und in der Durchführungsphase Hilfe zu leisten.

Als Zeugen der Vereinbarung vom 21. Februar ermutigen wir die ukrainischen Behörden, dafür zu sorgen, dass die darin enthaltenen wichtigsten Grundsätze Teil der Politik der Ukraine werden. Dies wäre auch der Durchführung des Assoziierungsabkommens förderlich:

- Erstens: Umfassende Einbeziehung: Wir ermutigen die Regierung in Kiew, sich allen Regionen der Ukraine zuzuwenden und zu gewährleisten, dass in allen staatlichen Strukturen eine repräsentative Vertretung und umfassende Einbeziehung erfolgt.
- Zweitens: Demokratie: Die Präsidentschaftswahlen müssen am 25. Mai stattfinden; sie müssen gründlich vorbereitet, frei und fair sein. In diesem Sinne wäre auch ein Zeitplan für den Prozess hin zu einer Verfassungsreform hilfreich.
- Drittens: Versöhnung: Alle Seiten müssen dabei mithelfen, Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten umfassend aufzuklären. Wir ermutigen die Führungsriege der Ukraine, den laufenden Abrüstungsprozess zu beschleunigen, das staatliche Gewaltmonopol wieder herzustellen und sich von extremistischen Gruppen zu distanzieren.

Russland kommt jetzt große Verantwortung zu. Wir rufen Russland dazu auf, von jeglicher Verschärfung der Situation in der Ukraine abzusehen und sein militärisches Dispositiv an der Grenze zur Ukraine zu reduzieren. Dies gilt auch in Bezug auf andere Länder der Östlichen Partnerschaft.

Wir befürworten längerfristige Beobachtermissionen in der Ukraine im Rahmen des Wiener Dokuments und des Vertrags über den Offenen Himmel und rufen Russland auf, weitere Missionen in seinem Hoheitsgebiet zuzulassen, die über die vorgeschriebenen Quoten hinausgehen.

Wir setzen uns mit Nachdruck sowohl für einen sachorientierten Dialog zwischen der Ukraine und Russland als zentralen Schritt der Deeskalation als auch für einen Mechanismus ein, mit dem die noch offenen militärischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen geklärt werden können.

Flankierend schlagen wir Gespräche zwischen der EU und Russland unter Beteiligung der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens über die Auswirkungen vor, die die Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den osteuropäischen Partnern auf beide Seiten haben werden.

Im Sinne der am 21. Februar in Kiew unterzeichneten Vereinbarung stehen wir für gute Dienste weiterhin zur Verfügung.

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/140331-gemeinsame-erklaerung-zur-ukraine/261270>

6. Zur Geschichte des Russland-Ukraine-Konflikts

Der Russland-Ukraine-Konflikt hat eine jahrelange Vorgeschichte. 2014 wurde der prorussische Präsident der Ukraine vor dem Hintergrund der europa-orientierten Maidan-Volksbewegung und im Ergebnis einer verfassungsrechtlich umstrittenen Absetzung durch das ukrainische Parlament gestürzt, kurz darauf die Krim von Russland besetzt. Der Krieg in der Ostukraine forderte bereits Tausende Opfer.

Ende November 2013 begannen die Proteste auf dem Maidan, einem Platz in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Zehntausende Ukrainer lehnten sich gegen ihren moskautreuen Präsidenten Janukowitsch auf, weil seine Regierung das Partnerschaftsabkommen mit der EU gekippt hatte. Dieses Abkommen hätte die Ukraine näher an die EU herangerückt.

Der Russland-Ukraine-Konflikt begann de facto kurz nach der sogenannten Maidan-Revolution, in deren Folge der prorussische ukrainische Präsident Janukowitsch gestürzt wurde.

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/russland-ukraine-konflikt-chronologie-der-staPonen-seit-2014,Sxn0fgj>

Wichtige Stationen seit 2014

Februar/
März 2014:

Präsident
gestürzt
—

Annexion der
Krim

In Folge der Maidan-Proteste flieht der ukrainische Präsident Janukowitsch aus Kiew. Das Parlament enthebt ihn seines Amtes. BR-Redakteur Henryk Jarczyk fasst die folgenden Geschehnisse zusammen: "Kurz darauf, Ende Februar 2014, erschienen Soldaten ohne Hoheitsabzeichen auf der zur Ukraine gehörenden Halbinsel Krim. Sie behaupteten, die Rechte der russischstämmigen Bevölkerung auf der Krim beschützen zu wollen. Anschließend besetzten die Soldaten strategisch wichtige Punkte, darunter das Regionalparlament, und setzten eine neue Regionalregierung ein. Der russische Präsident Putin leugnete zwar zu Beginn eine Beteiligung eigener Soldaten an der völkerrechtswidrigen Annexion. Monate später gab er dann aber doch öffentlich zu, dass es sich bei der Invasion der Krim um russische Spezialeinheiten gehandelt hatte."

Im März stimmt das Krim-Parlament für den Beitritt zur Russischen Föderation und setzt ein Referendum über die Abspaltung von der Ukraine an. Am 21. März nimmt Moskau die Krim offiziell in die Russische Föderation auf. Der Westen verhängt Sanktionen.

[Zum Artikel: "Russland-Ukraine-Konflikt - Die Positionen von USA, Nato und Russland"](#)

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/russland-ukraine-konflikt-chronologie-der-staPonen-seit-2014,Sxn0fgj>

April 2014:

In der ostukrainischen Region Donbass rufen die von Moskau unterstützten Separatisten die "Volksrepublik Donezk" aus, Luhansk folgt. Zwischen dem prowestlichen und dem pro-russischen Bevölkerungsanteil folgen gewalttätige Ausschreitungen. Pro-russische Separatisten und ukrainische Militärs bekämpfen sich. In dem

Separatisten übernehmen Gebiete im Donbass

bewaffneten Konflikt in der Region Donbass wurden bisher mehr als 14.000 Menschen getötet.

Entlang der Front: Alltag im Donbass

Seit sieben Jahren herrscht Krieg in der Ostukraine – zurück bleiben Menschen ohne Existenzgrundlage, andere ließen dabei ihr Leben. Die Kluft, die der Krieg in die Gesellschaft reißt, wächst: Circa 600.000 besitzen bereits einen russischen Pass.

<https://www.br.de/nachrichten/kultur/entlang-der-front-alltag-im-donbass,SnJphvp>

Mai 2014: Pro-Europäer kommt in der Ukraine an die Macht

Im Mai 2014 gewinnt der Pro-Europäer Petro Poroschenko die ukrainische Präsidentschaftswahl. Zwei Tage später unterzeichnen Kiew und Brüssel das von Janukowitsch auf Eis gelegte Assoziierungsabkommen mit der EU, woraufhin Russland mit "ernsten Konsequenzen" droht.

Juli 2014: Über dem Separatisten-Gebiet wird ein Passagierflieger der Linie Malaysia-Airlines mutmaßlich mit einer russischen Rakete abgeschossen. Alle 298 Menschen an Bord sterben. Der Westen verschärft seine Sanktionen gegen Russland.

September 2014: Erstes Minsker Abkommen

Es gibt zwei Vereinbarungen, die nach der belarussischen Hauptstadt Minsk benannt sind. Die erste Minsker Abkommen wird im September 2014 von Vertretern aus Russland, der Ukraine, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie der selbsternannten Volksrepubliken von Luhansk und Donezk unterzeichnet. Vereinbart werden zwölf Punkte, darunter eine sofortige Waffenruhe, ein Gefangenenaustausch sowie ein OSZE-Monitoring in der Ostukraine. Die Absprachen halten nur rund drei Wochen, dann flammen die Kämpfe um den Flughafen Donezk wieder auf. Im November 2014 lassen die ostukrainischen Separatisten erstmals eigene Parlamente wählen. Kiew verurteilt das als verfassungswidrig.

Überwachung obliegt dem Normandie- Format

Die Überwachung der Vereinbarungen obliegt dem sogenannten Normandie-Format, in dem sich Vertreter Deutschlands, Frankreichs, der Ukraine und Russlands in unregelmäßigen Abständen treffen. Die Vertreter der selbsternannten Volksrepubliken von Donezk und Luhansk sind nicht Teil des Formats. Der erste große Verstoß gegen das zweite Minsker Abkommen folgte schon wenige Tage nach seiner Unterzeichnung, als die pro-russischen Separatisten die Einnahme der strategisch wichtigen Stadt Debaltsewe verkündeten. Seither wird das Abkommen nach OSZE-Angaben beinahe täglich gebrochen. Im September 2015 erklärt der Sicherheitsrat der Ukraine den Nachbarn Russland in einer Militärdoktrin offiziell zum Gegner.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Normandie-Format>

<p>Dezember 2014:</p> <p>Wegbereitung für möglichen NATO- Beitritt</p>	<p>Die Ukraine beendet im Dezember 2014 ihre politische Neutralität und macht so den Weg frei für einen möglichen NATO-Beitritt. Die NATO beschließt, gegen etwaige Bedrohungen aus Russland dauerhaft Soldaten im Osten der Allianz bereitzuhalten. Zudem wird eine schnelle Eingreiftruppe aufgestellt mit heute bis zu 40.000 Soldatinnen und Soldaten.</p>
<p>Februar 2015:</p> <p>Zweites Minsker Abkommen</p>	<p>In Belarus wird unter anderem unter deutscher Vermittlung ein Friedensplan ausgehandelt. Das zweite Minsker Abkommen ergänzt die erste Vereinbarung um weitere Punkte, vorgesehen sind erneut ein sofortiger Waffenstillstand sowie der Abzug schwerer Waffen durch beide Seiten. Der Westen bindet die Aufhebung der Russland-Sanktionen an das Abkommen. Diese Vereinbarung sieht unter anderem eine Autonomie für die Separatistengebiete in der ukrainischen Verfassung vor. Zudem soll die Ukraine die vollständige Kontrolle über ihre Grenze mit Russland erhalten und in den Gebieten Luhansk und Donezk, die von den Separatisten kontrollierten werden, sollen Wahlen nach OSZE-Standard abgehalten werden.</p>
<p>März 2018:</p> <p>Arbeiten an Nordstream 2 beginnen</p>	<p>Nachdem Nord Stream 1 bereits seit 2011 Gas von Russland durch die Ostsee bis nach Deutschland transportiert, beginnen die Arbeiten an der umstrittenen Ostseepipeline Nord Stream 2.</p> <p>https://www.nord-stream2.com/de/bauarbeiten/uberblick/</p>
<p>Mai 2019:</p> <p>Wolodymyr Selenskyj übernimmt Präsidentenamnt</p>	<p>Der Politikneuling Wolodymyr Selenskyj wird im Frühjahr 2019 zum ukrainischen Präsidenten gewählt und übernimmt das Amt ab Mai. Er kündigt neue Friedensgespräche mit Russland an, kann aber an der Situation in der Ostukraine nichts entscheidend ändern.</p> <p>Im Juni 2019 gibt Russland erste Pässe an Ukrainer in den von Separatisten kontrollierten Teilen der Donbass-Region aus. Bereits ein halbes Jahr später sollen nach Darstellung Moskaus rund 160.000 Menschen die russische Staatsbürgerschaft beantragt haben.</p>

Frühjahr 2021: Russische Truppen an der Grenze zur Ukraine

Im Frühjahr 2021 zieht Russland an der ukrainischen Grenze zehntausende Soldaten zusammen. Nach heftigen Protesten des Westens werden diese nach drei Wochen wieder abgezogen. Im November beginnen erneut massive Truppenbewegungen im Grenzgebiet.

Moskau dementiert jegliche Angriffspläne. Zugleich wirft der Kreml der Ukraine und der NATO "Provokationen" vor. Von dem Militärbündnis und den USA fordert Russlands Staatschef Wladimir Putin schriftliche "Sicherheitsgarantien" - darunter den Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung und auf US-Militärstützpunkte in Staaten der ehemaligen sowjetischen Einflussosphäre.

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/russland-ukraine-konflikt-chronologie-der-staPonenseit-2014.Sxn0fgj>

Januar/Februar 2022:

Diplomatische Verhandlungen

Auf der Suche nach einem friedlichen Ausweg aus der Krise beginnt eine intensive Reise- und Telefondiplomatie, an der sich die Regierungen der USA,

Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und weiterer NATO-Staaten beteiligen. Treffen zwischen US-Außenminister Antony Blinken und seinem russischen Kollegen Sergej Lawrow in Genf sowie zwischen Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Kreml-Chef Wladimir Putin in Moskau können die Krise jedoch nicht beilegen. Auch Beratungen von Regierungsberatern aus Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine im sogenannten Normandie-Format in Berlin bringen keinen Durchbruch.

Die USA warnen wiederholt davor, dass Russland noch im Februar in die Ukraine einmarschieren könnte. Für zusätzliche Befürchtungen im Westen sorgen russische Militärmanöver. Russland weist kriegerische Absichten zurück und gibt seinerseits an, sich von der NATO bedroht zu fühlen. Die USA haben russische Ankündigungen von Teil-Abzügen als "falsch" bezeichnet und werfen Moskau stattdessen eine weitere Aufstockung der Streitkräfte an der Grenze vor.

Nach Angaben der Ukraine befinden sich Mitte Februar fast 150.000 russische Soldaten im Grenzgebiet. Die Kämpfe in der Ostukraine sind wieder aufgeflammt. Am 18. Februar kündigen prorussische Separatisten an Bewohner der Ostukraine nach Russland zu evakuieren.

Putin ordnet Truppenentsendung in die Ostukraine an

Am 21. Februar schar Putin neue Fakten: Er erkennt die von der Ukraine abtrünnigen Regionen Luhansk und Donezk als unabhängig an. Außerdem ordnet er die Entsendung von Truppen in diese Gebiete an. Putin hatte zuvor das Minsker Abkommen für gescheitert erklärt. Damit ist eine neue Eskalationsstufe erreicht. Der Westen reagiert scharf und droht mit harten Sanktionen.

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/puPn-erkennt-regionen-luhansk-und-donezkals-unabhaengig-an.Sy5S4ZU>

Texte aus der Wikipedia stehen unter der Lizenz [Creative Commons CC-BY-SA 3.0 Unported \(Kurzfassung\)](#). Die Urheber sind dort unter der Versionsgeschichte einsehbar.

+++ NEWS-TICKER +++

<https://www.tagesschau.de/thema/liveblog/>

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/alle-entwicklungen-zum-russland-ukrainekonflikt-im-ruecklick,SxWdozS>

7. FAQ: Die wichtigsten Antworten zum Russland-Ukraine-Konflikt

FAQ: Die wichtigsten Antworten zum Russland-Ukraine-Konflikt



Goran tek-en, [Minsk Protocol, CC BY-SA 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/)

Das Protokoll von Minsk (Minsker Abkommen)

1. Die unverzügliche beiderseitige Unterbrechung der Anwendung von Waffengewalt zu gewährleisten.
2. Das Monitoring und die Überprüfung der Waffenruhe durch die OSZE zu gewährleisten.
3. Die Dezentralisierung der Macht in der Ukraine zu verwirklichen, unter anderem durch die Verabschiedung eines ukrainischen Gesetzes „Über die vorübergehende Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in bestimmten Regionen der Gebiete Donezk und Lugansk“ (Gesetz über den Sonderstatus).
4. Das ständige Monitoring an der russischukrainischen Staatsgrenze und die Überprüfung seitens der OSZE zu gewährleisten, mit der Bildung einer Sicherheitszone in den Grenzkreisen der Ukraine und der Russischen Föderation.
5. Sofort alle Geiseln und ungesetzlich festgehaltenen Personen zu befreien.
6. Das Gesetz über die Nichtzulassung der Verfolgung und der Bestrafung von Personen in Zusammenhang mit den Ereignissen zu übernehmen, die in einzelnen Kreisen der Gebiete Donezk und Lugansk geschehen sind.
7. Den inklusiven nationalen Dialog fortsetzen.
8. Maßnahmen zur Verbesserung der humanitären Situation im Donbass zu ergreifen.
9. Die Durchführung vorgezogener Kommunalwahlen zu gewährleisten, entsprechend dem ukrainischen Gesetz „Über die vorübergehende Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in den gesonderten Kreisen der Gebiete Donezk und Lugansk“ (Gesetz über den Sonderstatus).
10. Die ungesetzlichen bewaffneten Formationen, die Militärtechnik sowie die Freischärler und Söldner aus der Ukraine herauszuführen.
11. Ein Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des Donbass und der Wiederherstellung der Lebensfunktionen der Region zu beschließen.
12. Die persönliche Sicherheit der Teilnehmer der Konsultationen zu gewährleisten.

https://de.wikipedia.org/wiki/Protokoll_von_Minsk

Was ist der Grund für den Krieg in der Ukraine?

Der Krieg in der Ukraine, auch als russisch-ukrainischer Konflikt oder Ukraine Konflikt bezeichnet, ist ein seit Februar 2014 andauernder bewaffneter Konflikt, der durch stetige Schritte der Eskalation in den ostukrainischen, von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebieten Donezk und Luhansk entstand, der aber viel tiefer liegende Ursachen hat, die in weltpolitischen, regionalen und in Bezug auf die unmittelbaren Konfliktpartner nationalen Entwicklungen begründet sind.

https://de.wikipedia.org/wiki/Krieg_in_der_Ukraine_seit_2014

Worum geht es beim Russland-Ukraine-Konflikt?

Vor allem um geopolitische Machtpositionen, Gebietsansprüche, aber auch um wirtschaftliche Interessen. Die Ukraine, die flächenmäßig fast 100.000 Quadratkilometer größer ist als Spanien, liegt eingeklemmt zwischen der EU-Ostgrenze (Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien) und Russland. Im Norden grenzt sie an den mit Russland eng verbündeten Staat Belarus, im Süden ans Schwarze Meer, dort z. B. an die seit 2014 von Russland widerrechtlich besetzte, bis dahin ukrainische Halbinsel Krim. Bis 1991 war die Ukraine eine von 15 Sowjetrepubliken - also ein Teil der damals riesigen Sowjetunion. Seit deren Auflösung sind die ehemaligen Sowjetrepubliken eigene Staaten. Estland, Litauen und Lettland gehören mittlerweile der EU und der NATO an, die Ukraine dagegen nicht. Über die geostrategischen und wirtschaftlichen Ansprüche hinaus geht es Wladimir Putin und imperialistisch denkenden Kreisen in Russland aber auch um die Verwirklichung einer geschichtspolitischen imperialen Vision. Die Wiedererrichtung eines spätestens mit der Sowjetunion untergegangenen russischen Großreiches, in denen Ukrainern (Putin bezeichnet sie als "Kleinrussen") und Belarussen ("Weißrussen") keine nationale Eigenständigkeit zuerkannt wird, sondern sie werden von Putin und gleichgesinnten imperial Denkenden mit den "Großrussen" als integraler Bestandteil einer "Russischen Welt" (Russkaja Mir) angesehen werden. Ziel ist die "Sammlung der russischen Erde", so nannte sich im 15. Jh. das „Großmacht-Projekt“ Iwan III. des Schrecklichen (1440-1505), und die Errichtung eines von Russland dominierten Großreiches. Darüber hinaus werden auch angrenzende Gebiete wie das Baltikum (ggf. auch Finnland und Polen), die Republik Moldau, weitere Teile des Kaukasus (Armenien, Georgien, Aserbaidschan) und Zentralasiens (Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan, Tadschikistan) als genuin russische Einflusszonen beansprucht.

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/russland-ukraine-konflikt-antworten-im-faq,SyAk1bD>

Was ist das Minsker Abkommen?

Am 12. Februar 2015 wurde das Minsker Abkommen angenommen und unterzeichnet. Russland, Ukraine, Frankreich und Deutschland bekräftigten ihre "uneingeschränkte Achtung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine". Sie seien der festen Überzeugung, dass es zu einer ausschließlich friedlichen Lösung keine Alternative gibt. Jüngst hatte Russlands Präsident Putin das Abkommen für gescheitert erklärt.

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/russland-ukraine-konflikt-antworten-im-faq,SyAk1bD>

Wer sind die Separatisten in der Ostukraine?

In der ostukrainischen Region Donbass rufen 2014 die von Moskau unterstützten Separatisten die "Volksrepublik Donezk" aus, Luhansk folgt. Diese prorussischen Separatisten fordern schon länger den Anschluss an Russland.

Zwischen dem pro-westlichen und dem pro-russischen Bevölkerungsanteil gibt es seit Jahren gewalttätige Ausschreitungen. Pro-russische Separatisten und ukrainische Militärs bekämpfen sich. Russland unterstützt die Separatisten seit Beginn des Konflikts, teilweise auch durch die verdeckte Entsendung oder das eigenverantwortliche Einsickern russischer Staatsbürger.

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/russland-ukraine-konflikt-antworten-im-faq,SyAk1bD>

War die Ukraine früher Russland?

Das Gebiet des heutigen ukrainischen Staates bzw. seiner Teilregionen war im Laufe der Geschichte Bestandteil von mindestens 14 verschiedenen Staaten; die wichtigsten unter ihnen waren das Königreich Polen-Litauen, das Russische Reich, die Habsburgermonarchie und die Sowjetunion. Gegenstand der ukrainischen Geschichte kann also nicht der Staat sein wie im Fall Frankreichs oder Russlands. Dies gilt allerdings nicht nur für die Ukraine, sondern für viele andere moderne Staaten, unter ihnen Deutschland und Italien. Angesichts der fehlenden staatlichen Kontinuität könnte das ukrainische Volk Gegenstand der Geschichte sein, wobei der Begriff „Volk“ jedoch recht schwammig ist und in einzelnen Epochen unterschiedliche Gemeinschaften bezeichnet. Die Nationsbildung der Ukrainer wurde von den herrschenden Nationen der Polen und Russen, die die Existenz einer ukrainischen Nation lange, zum Teil bis heute, in Abrede stellten, behindert und verzögert. Dies hat auch Auswirkungen auf die Geschichtsschreibung: Die ukrainische Erzählung wurde und wird vom polnischen und russischen historischen Narrativ angefochten. So bleibt als Gegenstand einer ukrainischen Geschichte nur das Territorium des

heutigen unabhängigen Staates, das dem der mit Zerfall der Sowjetunion 1991 unabhängig gewordenen ehemaligen Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik entspricht. Sie war im Januar 1919 nach Eroberung Kiw durch die Bolschewiki gegründet worden. Im März wurde die erste Verfassung verabschiedet. Bis 1920 kam das gesamte Territorium der östlichen Ukraine unter deren Kontrolle. Diese historische Entwicklung bewirkt, dass nicht nur die Ukrainer, sondern auch andere ethnische Gruppen wie Juden, Polen, Russen, Deutschen und Krimtataren, die auf diesem Territorium lebten, bei der Frage, wer früher und zum Teil bis heute das Staatsgebiet der gegenwärtigen Ukraine bewohnte, mit berücksichtigt werden müssen. Im Prinzip sehen wir, beginnend schon mit der unabhängigen Republik Ukraine 1918, vor allem aber seit 1991 den Prozess einer Nationenbildung, den letztendlich alle heute bestehend Nationen irgendwann begonnen haben.

https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Ukraine

Wem gehört die Krim jetzt?

Die Autonome Republik Krim beziehungsweise Republik Krim ist eine zwischen der Ukraine und Russland umstrittene Gebietskörperschaft. Aus ukrainischer und internationaler Sicht des Völkerrechts ist sie als Autonome Republik Krim die südlichste Region der Ukraine und ihre einzige autonome Republik. Aus russischer Sicht ist sie als Republik Krim ein Föderationssubjekt Russlands, das seit dem 28. Juli 2016 Teil des Föderationskreises Südrussland ist.

Am 18. Oktober 1921 wurde die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Krim innerhalb der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) der Sowjetunion gegründet. Durch Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR am 19. Februar 1954 aus Anlass des 300. Jahrestags des Vertrags von Perejaslaw wurde die Oblast Krim am 26. April 1954 an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR) angeschlossen. Als Ergebnis einer Volksabstimmung am 20. Januar 1991 wurde die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Krim am 12. Februar 1991 innerhalb der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik wiederhergestellt. Im Zuge der Auflösung der Sowjetunion wurde die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik am 24. August 1991 in den bestehenden Grenzen zum unabhängigen ukrainischen Staat. Damit wurde die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Krim ein Teil des neuen Staates Ukraine. Am 26. Februar 1992 beschloss der Oberste Sowjet der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Krim die Umbenennung in „Republik Krim“. Der Oberste Sowjet erklärte am 5. Mai 1992 die Republik Krim für unabhängig, doch bereits die am Folgetag verkündete Verfassung der Republik Krim beschreibt sie als Teil der Ukraine. Am 21. September 1994 wurde die Republik Krim zur Autonomen Republik Krim. Am 27. Februar 2014 besetzten Bewaffnete, die sich als „Selbstverteidiger der russischsprachigen Bevölkerung der Krim“ bezeichneten, das Parlamentsgebäude in Simferopol. In der dann folgenden Sondersitzung hatten nach einer Verlautbarung der Pressesprecherin des Parlaments von 64 anwesenden Abgeordneten 61 für ein Referendum über die Unabhängigkeit der Krim gestimmt, das am 25. Mai 2014, gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, abgehalten werden sollte. Die Abstimmungen waren nicht öffentlich, Journalisten wurden ausgeschlossen. Beim Referendum am 16. März sprachen sich die Einwohner mehrheitlich für die Angliederung der Krim an Russland aus, Putin räumte wenig später ein, dass das Referendum von russischen Soldaten überwacht worden war. Am 17. März wurde ein Beitrittsantrag zur Russischen Föderation gestellt, am 18. März 2014 mit Präsident Putin unterzeichnet. Am 21. März 2014 ratifizierte der russische Föderationsrat den Beitrittsvertrag. Damit war die gesamte Krim aus Russlands Sicht nun Teil der Föderation.

https://de.wikipedia.org/wiki/Autonome_Republik_Krim

Ist die Ukraine in der NATO?

Die Ukraine ist nicht in der NATO, aber Beitrittskandidat. Im Jahr 2002 wurde zur Erweiterung der NATO-Basis die Zusammenarbeit von NATO und Ukraine mit dem NATO-Ukraine-Aktionsplan vertieft und Russland in den NATO-Russland-Rat einbezogen. [...] Im März 2018 wurde der Ukraine offiziell der Status eines Beitrittskandidaten verliehen.

<https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Ukraine-Charta>

Ist die Ukraine in der Europäischen Union?

Die Ukraine ist ein Nachbarland der Europäischen Union (EU) und gehört zu deren möglichen Beitrittskandidaten. [...] Im Gegensatz zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) gilt dieses Abkommen allerdings nicht zwingend als erster Schritt zu einem EU-Beitritt.

https://de.wikipedia.org/wiki/Ukraine_und_die_Europäische_Union

Texte aus der Wikipedia stehen unter der Lizenz [Creative Commons CC-BY-SA 3.0 Unported \(Kurzfassung\)](#). Die Urheber sind dort unter der Versionsgeschichte einsehbar.

8. Linkliste zum Thema Ukraine-Konflikt

Wie Lehrkräfte mit Kindern über den Krieg sprechen können
https://deutsches-schulportal.de/unterricht/ukraine-schulpsychologie-wie-koennen-lehrkraefte-mit-kindern-ueber-den-krieg-sprechen/ https://www.schulministerium.nrw/umgang-mit-dem-russland-ukraine-krieg-den-schulen-nrw https://www.hanisauland.de/wissen/lexikon/grosses-lexikon/u/ukraine-krieg https://www.bpb.de/mediathek/video/326227/was-ist-ein-konflikt/ https://www.zdf.de/nachrichten/politik/kinder-erklaert-ukraine-krieg-100.html
Unterrichtsmaterialien für den Unterricht zum Ukraine-Konflikt
https://www.zsb.uni-halle.de/download/didaktischer-koffer/unterrichtsreihen/ukraine/ https://pl.bildung-rp.de/aktuelle-themen/ukraine-im-unterricht.html
Ukraine-Analysen
https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/ https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/archiv/ https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/info-aktuell/209367/ukraine/ https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/info-aktuell/209819/die-unabhaengige-ukraine/ https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30630/ukraine-und-weissrussland/ https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/194828/ukraine-russland-europa/ https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/211527/dreizack-und-roter-stern/
Zu Geschichte und Politik der Ukraine
https://osteuropa.lpb-bw.de/ukraine-geschichte0 https://www.sueddeutsche.de/politik/stalin-ukraine-1.4752620 https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18357/ukraine-ukr/ https://www.bpb.de/themen/europa/russland/295403/die-kiewer-rus-geteilte-erinnerung-in-der-ukraine-und-in-russland/
Die wichtigsten Antworten zum Ukraine-Konflikt
https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/russland-ukraine-konflikt-antworten-im-faq.SyAk1bD https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt https://de.wikipedia.org/wiki/Protokoll_von_Minsk
<u>Information zum Thema Innerstaatliche Konflikte (Ukraine)</u>
https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/innerstaatliche-konflikte/216281/ukraine/

Analyse: Die Identität der russischsprachigen Staatsbürger der Ukraine
https://www.bpb.de/265383/analyse-die-identitaet-der-russischsprachigen-staatsbuenger-der-ukraine/
Sprachenpolitik in der Ukraine
https://www.bpb.de/260833/kommentar-sprachenpolitik-in-der-ukraine/
Geschichte des Russland-Ukraine-Konflikts: Stationen seit 2014
https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/russland-ukraine-konflikt-chronologie-der-stationen-seit-2014,Sxn0fgj
https://zdfheute-stories-scroll.zdf.de/russland-ukraine-konflikt-zeitstrahl/index.html
Tschernobyl
https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29827/20-jahre-tschernobyl/
Putin demonstriert russisches Großmachtgebaren
https://www.deutschlandfunk.de/putins-rede-staatsfernsehen-geschichte-udssr-ukraine-analyse-100.html
https://amp.n-tv.de/politik/Eine-maechtige-Atommacht-Putin-droht-dem-Westen-mit-massivem-Gegenschlag-article23151712.html
Russische Desinformation - Warum spricht Putin von „Nazis“ und „Genozid“?
https://www.deutschlandfunk.de/russische-propaganda-vokabular-putin-genozid-nazis-100.html
Russland-Ukraine-Konflikt - Was Putins Anerkennung der Separatistengebiete bedeutet
https://www.deutschlandfunk.de/russland-ukraine-konflikt-putin-separatistengebiete-100.html
Newsblock zum Ukraine-Konflikt
https://www.deutschlandfunk.de/newsblog-russland-ukraine-konflikt-100.html
Nord Stream 2 - Wie abhängig ist Deutschland von russischem Erdgas?
https://www.deutschlandfunk.de/nord-stream-2-gas-kritik-abhaengig-100.html
Krieg in der Ukraine - Cyberangriffe aus dem Kremlin - hybride Kriegsführung Welche Rolle spielen Cyberangriffe in militärischen Konflikten?
https://www.deutschlandfunk.de/cyberangriffe-ukraine-russland-putin-kreml-100.html
https://metis.unibw.de/de/publications/26-neue-hybride-bedrohungen
https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/umgang-mit-desinformation/cybersicherheit-desinformation-1872752
https://www.bpb.de/kurz-knapp/505651/hybride-kriegfuehrung/

Abschreckungswaffen

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/atomwaffen-russland-ukraine-krieg-100.html>

<https://www.deutschlandfunk.de/atomwaffen-warum-es-immer-noch-13-400-atombomben-gibt-100.html#atomwaffen>

<https://www.rnd.de/politik/russland-atombombe-wann-und-wo-putin-nuklearwaffen-einsetzen-koennte-TZCYCUETXVAERKFLFREO2PB6IM.html>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Hyperschallwaffe>

NATO

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32054/nato/>

<https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/343742/nato-ukraine-beziehungen-veteraninnen-und-veteranen/>

**Zum Recht auf freie Bündniswahl –
Rechtliche Positionen und Handlungsoptionen im Ukraine-Konflikt zwischen der NATO, Russland
und der Ukraine**

<https://www.bundestag.de/resource/blob/882052/4d2de0aa483eb4ab4642b1163a202b60/freie-Buendniswahl-Ukraine-data.pdf>

Die Baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/242521/estland-lettland-litauen/>

MIT KINDERN UND JUGENDLICHEN ÜBER KRIEG REDEN?



Aktuell sind durch den Krieg in der Ukraine nicht nur Erwachsene verunsichert. Gerade Kinder und Jugendliche werden in sozialen Medien, bei Gesprächen mit Freunden oder durch Nachrichten in Radio und Fernsehen mit dem Thema konfrontiert. Sie sprechen mit Gleichaltrigen in Schule und Freizeit darüber – dabei entstehen Fragen, nicht selten auch Sorgen und Ängste. Hier stellt sich Eltern und Pädagog*innen oft die Frage, wie sie verantwortungsvoll und umsichtig mit Heranwachsenden über Krieg und dessen Folgen reden können.

ZEIT NEHMEN

Zunächst ist es wichtig, sich für Gespräche Zeit zu nehmen. Wenden sich Heranwachsende mit Fragen oder Sorgen an Eltern und Pädagog*innen, sind diese in der Regel nicht mit einem kurzen Satz zu klären. Ist akut (beispielsweise morgens vor der Schule, in einem Pausengespräch oder am Rande eines Projektes) ein angemessener Rahmen nicht möglich, kann ein thematisches Gespräch auch auf einen baldigen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Der sollte aber verbindlich und dann auch ausreichend vereinbart werden.

Gerade im familiären Bereich ist hier auch das gemeinsame Nachrichtensehen mit Kindern und Jugendlichen ein guter Anlass. Dabei sind altersgerechte Angebote ohne sensationsheischende Inhalte wichtig. Bei Jüngeren helfen zudem kindgerecht aufgearbeitete Informationsangebote, z.B. von HanisauLand:

➔ www.hanisauland.de/node/2130

SORGEN ERNST NEHMEN, EHRlich SEIN

Heranwachsende haben ein gutes Gespür dafür, wenn die aktuelle Situation nicht nur medial präsent ist, sondern Erwachsene unmittelbar besorgt. Die Anspannung überträgt sich indirekt auch auf sie. Daher ist es wichtig, die Sorgen von Kindern und Jugendlichen ernst zu neh-

men. Nachfragen und aktives Interesse helfen, die Emotionen und Ängste besser zu verstehen und Antworten geben zu können. Generell sollten Erwachsene die Situation möglichst faktenbasiert und sachlich beschreiben, trotzdem aber die eigenen Gefühle und Ängste erklären. Dabei darf die eigene Ratlosigkeit oder Unsicherheit durchaus zugegeben werden. Bei allem muss immer das Alter und der Entwicklungsstand der Heranwachsenden berücksichtigt werden: Gespräche mit jüngeren Kindern müssen behutsamer stattfinden, Jugendliche können mit realitätsnäheren Informationen umgehen.

ÜBER MEDIAL ERLEBTES REDEN

Kinder und Jugendliche erfahren über Kriege und deren Folgen nicht nur durch redaktionell aufbereitete Angebote bzw. aufklärende altersgemäße Formate. Gerade bei Informationen über soziale Netzwerke muss davon ausgegangen werden, dass in der Regel die Regularien des Jugendschutzes nicht greifen. Die native Nutzung der sozialen Medien führt dazu, dass Heranwachsende mit ungefilterten Bildern und Videos konfrontiert werden. So kann das Gefühl einer unmittelbaren Bedrohung damit verbundene Unsicherheiten und Ängste noch mehr steigern. Eltern und Pädagog*innen sollten mit Kindern und Jugendlichen über solche Informationen reden. Hilfreich ist zu erfahren, um welche ängstigenden Inhalte es

konkret geht, um diese dann möglichst gemeinsam einzuordnen. Nach Situation, Alter und Persönlichkeit kann es auch helfen, wenn Kinder oder Jugendliche ihre Sorgen und Gefühle kreativ mittels Bildern oder Erzählungen ausdrücken. Prinzipiell sollten Eltern und Pädagog*innen mit Heranwachsenden über die altersgemäße und sensible Nutzung sozialer Medien reden und diese auch durchsetzen.

AUF FALSCHMELDUNGEN HINWEISEN

Über Messengerdienste und soziale Netzwerke werden auch Falschmeldungen und jugendgefährdende Inhalte verbreitet, die Ausbreitung erfolgt rasant. Oft ängstigen sie Heranwachsende zusätzlich. Eltern und Pädagog*innen sollten deshalb mit Kindern und Jugendlichen über solche Meldungen sprechen und versuchen, gemeinsam herauszufinden, ob die behaupteten Tatsachen der Wahrheit entsprechen.

Eine gute Hilfe ist hierbei die Seite Mimikama. Die Autor*innen greifen Falschmeldungen im Netz auf und stellen ihnen Tatsachenwissen von Expert*innen gegenüber:

➔ www.mimikama.at/ukraine-krise/desinformation-russland-ukraine/

Wie man Falschmeldungen generell erkennt und entlarvt, beschreibt die auch Internetseite Webhelm sehr gut:

➔ www.webhelm.de/fake-news-erkennen/

Haben Eltern gemeinsam mit ihrem Kind eine Falschmeldung enttarnt, sollten sie darüber aufklären, dass diese nun nicht mehr weiter geschickt oder gelikt werden darf. Zusätzlich kann dem/der Verfasser*in erklärt werden, dass der Inhalt der Nachricht nicht der Wahrheit entspricht und Unsicherheit oder Angst bei vielen Menschen verursacht.

ALTERSGEMÄSSE INFORMATIONEN

Es ist wichtig, Kinder und Jugendliche mit geeigneten Informationsformaten altersgemäß anzusprechen und sie behutsam aufzuklären.

„ZDF Logo“ beispielsweise berichtet nicht nur in seiner täglichen Nachrichtensendung zum Thema, sondern hat auch in seinem Internetangebot wichtige Informationen für Kinder aufgearbeitet:

➔ www.zdf.de/kinder/logo/streit-zwischen-ukraine-und-russland-100.html

Die Initiative „Schau hin!“ bietet auf einer speziellen Webseite Informationen zum Besprechen von Nachrichten über den Ukraine-Krieg mit Kindern:

➔ www.schau-hin.info/sicherheit-risiken/ueber-katastrophen-sprechen

Der WDR hat mit der Sendung „neuneinhalb“ den Ukraine-Konflikt aufgegriffen und klärt sachlich und kindgerecht auf. Hier kommen auch Schüler*innen aus der Ukraine zu Wort:

➔ <https://kinder.wdr.de/tv/neuneinhalb/av/video-konflikt-in-der-ukraine--was-ist-da-los-100.html>

Der Medien-Elternratgeber FLIMMO informiert über weitere gute Informations- und Beratungsangebote für Kinder:

➔ www.flimmo.de/redtext/101380/Krieg-in-Europa

Das Internet-Angebot Frieden-Fragen informiert kindgerecht zu Fragen von Krieg und Frieden sowie Streit und Gewalt und bietet Eltern und Pädagog*innen Informationen und Material zum pädagogischen Handeln:

➔ www.frieden-fragen.de

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft Oberösterreich bietet als Einrichtung für Kinder- und Jugendrechte eine Liste mit empfehlenswerten Bilder- und Kinderbücher über Flucht, Krieg und Terror:

➔ www.kija-ooe.at/Mediendateien/B%c3%bccherliste%20Kinder%20und%20Krieg%20-%20CD_neu.pdf

HILFE UND UNTERSTÜTZUNG

Pädagog*innen und Eltern sollten sich selbst zu Medienfragen informieren, fortbilden und im Zweifel Rat und Unterstützung bei Expert*innen suchen. Projekte für Heranwachsende sowie Informationen und Fortbildungen für Fachkräfte finden Sie unter

➔ www.servicestelle-jugendschutz.de



Gareisstraße 15 | 39106 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 50 37 638 | Mail: jugendschutz@fjp-media.de
www.servicestelle-jugendschutz.de

Stand: 25.02.2022 | Autor: Olaf Schütte | V.i.S.d.P: Olaf Schütte

Gefördert durch



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

#moderndenken